

Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Verbandsgemeinderates

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 20.04.2023
Beginn:	18:30 Uhr
Ende	21:12 Uhr
Ort, Raum:	06311 Helbra, Mittelstraße 10, Schulungsraum Feuerwehr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Uwe Tempelhof

Mitglieder

Herr Michael Ahlig

Herr Gerhard Blume

Herr Norbert Born

Herr Alfred Böttge

Herr Bernhard Fleischer

Herr Walter Kampa

Herr Matthias Klenner

Herr Helmut Neuweger

Herr Frank Ochsner

Herr Karsten Patz

Herr Lars Rose

Herr Thomas Stock

Herr André Strobach

Herr Gunter Wakan

Herr Uwe Wischalla

Herr Uwe Wollny

Herr Gerd Wyszkowski

Herr Andreas Zinke

Teilnahme bis 19:30 Uhr

Verwaltungsbedienstete

Herr Dennis Amey

Frau Stephanie Drescher

Herr Lars Hesse

Frau Sabine Rathmann

Frau Yvonne Regner

Frau Claudia Renner

Gäste

Herr Matthias Jentsch

Herr Personalrat Uwe Reiche

Herr Bernd Skrypek

Abwesend:

Mitglieder

Herr Jürgen Colawo

Herr Steffen Leder

Herr Detlef Schade

Herr René Sommer

Verwaltungsbedienstete

Herr Harald Henke

Gäste

Herr Hans Günter Smolka

Protokoll:

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Der **Vorsitzende** eröffnete die Sitzung um 18:30 Uhr und begrüßte alle anwesenden Verbandsgemeinderäte, sowie die anwesenden Einwohner und Mitarbeiter der Verwaltung.

zu 2 **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Änderungsanträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt.

zu 3 **Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Verbandsgemeinderates vom 16.02.2023**

Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung wurden nicht geltend gemacht.

Die Niederschrift ist somit genehmigt.

zu 4 **Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse**

Herr Born berichtete wie folgt über den Bearbeitungsstand der Beschlüsse und Festlegungen der letzten Sitzung, vom **16.02.2023** des **Verbandsgemeinderates**.

Öffentlicher Teil:

Berufung zum Ortswehrleiter der Ortsfeuerwehr Blankenheim

Vorlage: VBG/BV/270/2022

Der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra beschließt, den **Kameraden Nico Jahn** für die Funktion des Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Blankenheim in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 6 Jahren mit Wirkung vom 17.02.2023 zu berufen.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Berufung zum stellvertretenden Ortswehrleiter der Ortsfeuerwehr Blankenheim

Vorlage: VBG/BV/271/2022

Der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra beschließt, den **Kameraden Klaus-Robert Kernitz** für die Funktion des stellvertretenden Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Blankenheim in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 6 Jahren mit Wirkung vom 17.02.2023 zu berufen.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Alternativfreiflächenprüfung für Standorte zur Errichtung von PV-Anlagen

Vorlage: VBG/BV/280/2023

Der Verbandsgemeinderat Mansfelder Grund-Helbra beschließt eine Alternativfreiflächenprüfung – für Photovoltaikfreiflächenanlagen – im Gebiet der Verbandsgemeinde durchzuführen. Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung dieses Verfahrens, vorausgesetzt die Finanzierung durch Dritte ist gesichert.

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.
Hierzu liegt ein städtebaulicher Vertragsentwurf vor.

Verwendung des Wappens

Vorlage: VBG/BV/273/2022

Der Verbandsgemeinderat beschließt, dass Herr Siegfried Heinze das Wappen der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra nutzen darf. Die Nutzung darf für folgenden Zweck erfolgen: Internetauftritt.

Weitere Nutzungsmöglichkeiten sind gesondert zu beantragen.
Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

AfD-Antrag vom 19.01.2023 Informationen zu getätigten Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen der VBG für 2011 bis 2023

Vorlage: VBG/MV/277/2023

Von der MV wurde Kenntnis genommen.

Beschaffung eines Hubrettungsfahrzeuges (Grundsatzbeschluss)

Vorlage: VBG/BV/279/2023

Die Beschlussvorlage wurde in den OSBA der VBG (Sitzung 09.03.2023) verwiesen.

Nichtöffentlicher Teil:

Vereinbarung zur Unterbringung von Fundtieren

Vorlage: VBG/BV/278/2023

Der Beschluss wurde gefasst.

Nachbesetzung SB Haushalt/dauerhafte Übertragung von Aufgaben

Vorlage: VBG/BV/275/2023

Der Beschluss wurde gefasst.

Nachbesetzung SB Personal/Grundschulen sowie dauerhafte Übertragung von Aufgaben

Vorlage: VBG/BV/276/2023

Der Beschluss wurde gefasst.

zu 5 Bekanntgabe von Mitteilungen

Von **Herrn Born** wurden folgende Sachverhalte angesprochen:

1. AGH – Maßnahmen

Die AGH – Maßnahmen haben begonnen, nicht alle gemeldeten Personen sind dazu erschienen.

2. Schöffenwahl

Für die Schöffenwahl gingen zahlreiche Bewerbungen ein, die notwendigen Personen wurden dafür gefunden.

3. Dienstfahrzeug VW E - Golf

Der VW E - Golf wird zurückgegeben, da der Leasingzeitraum abgelaufen ist. Als Ersatz wird ein VW T-Roc angeschafft.

4. Sozialraumorientierung

Der Raum soll vom Jobcenter, den Kunden (Firmen der Region) und den Jobsuchenden, in den Gemeinden vor Ort angeboten werden. Einmal je Woche sollen dort Beratungen abgehalten werden. Die Frage der Untervermietung in Benndorf (BWB) und Helbra (Mehrgenerationshaus) wäre noch zu klären.

5. Übergabe Fördersumme

In dieser Woche wurde für den Strukturwandel, ein Fördersumme in Höhe von 135.000,00 € an die BWB Benndorf für die Machbarkeitsstudie „Biogenes Energiezentrum“ übergeben.

6. Förderprogramm Klimaschutz durch Radverkehr

Herr Henke informierte die Bürgermeister diesbezüglich. Die Verbandsgemeinde beantragte die Fördermöglichkeit bereits vor 2 Jahren. Der Antrag zur Fördermöglichkeit kann bis 30.04.2023 gestellt werden. Eine Förderung bis zu 90 % ist hierbei möglich. Herr Ochsner schlug zum Förderprogramm vor, den Radweg in Klostermansfeld (Kreuzung) in Richtung Ortsausgang zu beantragen.

7. AZV – Wipper Schlenze

Vom AZV Wipper Schlenze ist ein Schreiben hinsichtlich der Kosten zum Austritt und Vorbereitung der nächsten Verbandsversammlung eingegangen. Ein möglicher Austritt aus dem Verband könnte Ende 07/2023 auf die Tagesordnung kommen.

8. BM-Runde beim Landrat

Herr Born verwehrte sich gegen die im Gemeinderat getroffene Aussage, zur Vereinbarung „Nachhaltiges Mansfeld-Südharz,“. Er habe keinesfalls das Einverständnis der Mitgliedsgemeinden zu dieser kommunalen Vereinbarung erklärt. Das Protokoll der LR-Sitzung vom 08.03.2023 beschreibt auch nichts anderes.

zu 6 **Einwohnerfragestunde**

Anfragen der anwesenden Einwohner und schriftliche Anfragen lagen nicht vor.

zu 7 **Bericht aus den Zweckverbänden Wasser und Abwasser**

➤ **Wasserverband Südharz**

Herr Skrypek informierte wie folgt aus der letzten Verbandsversammlung.

Themen waren:

- **Satzungsänderungen** (Abwasserbeseitigung, Schmutzwasserbeseitigung)
Das Stimmenverhältnis stellt ein Hemmnis für die Aufgabenübertragung einzelner Gemeinden dar.
- **Straßenentwässerungskosten**
Es wurde über die Höhe der Beteiligung der Gemeinden an den Straßenentwässerungskosten gesprochen. In den Gemeinden Blankenheim, Emseloh und Riestedt ist eine Entwässerung durchzuführen. Für die Planung aller offenen Baumaßnahmen im Verbandsgebiet soll eine Dresdner Firma die Projektsteuerungen durchführen.
- **Neubau**
Die Blockierung des Neubaus vom Verwaltungsgebäude wurde aufgegeben, es gab bis jetzt noch keine Lösung für den Bereich.

➤ **AZV „Wipper Schlenze“**

Vom Verband gab es keine neuen Erkenntnisse oder Informationen.

➤ **Unterhaltungsverband „Wipper - Weida“**

Herr Wyszkowski informierte wie folgt:

Das Protokoll der letzten Verbandsversammlung stellt er bei Interesse zur Verfügung.

Er gab die Termine für die Gewässerschau 2023 bekannt:

26.04.23 Gemeinde Klostermansfeld

10.05.23 restliche Gemeinden der Verbandsgemeinde.

Die nächste Verbandsversammlung findet am 28.04.23 statt.

➤ **AZV „Eisleben – Süßer See“**

Herr Wyszowski informierte wie folgt aus der letzten Verbandsversammlung.

Themen waren:

- Neufassung der Satzung
- Der Beschluss zur 3. Amtszeit (GF-Anstellungsvertrag) von Herrn Gimpel als GF musste wegen Formfehler neu beschlossen werden.
- Kreditaufnahme für Investitionen

zu 8 Stand der Realisierung Gebäudeleittechnik
Vorlage: VBG/MV/292/2023

Ausführungen und Diskussion:

Herr Hesse erläuterte die Mitteilungsvorlage. Die Hardware, außer Teile der Netzanbindung, wurden von der beauftragten Firma mittlerweile installiert, sagte er.

Herr Ochsner informierte, dass in Klostermansfeld, Kirchstraße 1 (FFW) noch nicht alle Installationen erbracht wurden.

Herr Hesse antwortete, einige Schaltschränke fehlen noch. Durch Lieferengpässe wurde der Antrag auf Verlängerung beim Landesverwaltungsamt gestellt. Ein geänderter Zuwendungsbescheid mit einer Verlängerung bis 31.10.2023 ist eingegangen. In Benndorf gibt es 2 unterschiedliche Netze wobei die Schnittstellen kombiniert werden müsse.

- **Die Verbandsgemeinderäte baten um die Übersicht der 11 Liegenschaften, bezüglich Implementierung Energie-Management-System - „Gebäudeleittechnik“. Diese Übersicht soll der Niederschrift beigefügt werden.**

Verantwortung: Bauverwaltung

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand nicht.

Von der Mitteilungsvorlage wurde Kenntnis genommen.

zu 9 Antrag der AfD-Fraktion auf Verschieben der Entscheidung über die Beschaffung eines Hubrettungsfahrzeuges bis Abschluss der Fortschreibung von Risikoanalyse und Brandschutzbedarfsplan und Schaffung der Voraussetzungen für Fördermöglichkeiten
Vorlage: VBG/BV/291/2023

Ausführungen und Diskussion:

Herr Amey machte eine kurze Ausführung zur Beschlussvorlage. Der Beratungsgegenstand wurde im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Brandschutz vorberaten und der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss hat dem Beschlussvorschlag zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand nicht. Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich

gefasst.

Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat beschließt,

- 1. Die Entscheidung über die Beschaffung eines Hubrettungsfahrzeuges soll bis zum Abschluss der Fortschreibung von Risikoanalyse und Brandschutzbedarfsplan verschoben werden.**
- 2. Es sind die Voraussetzungen zu schaffen, um jegliche Fördermöglichkeiten auszu-schöpfen.**

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:19
dafür	:11
dagegen	:5
Enthaltung	:3
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

- zu 10 Antrag der AfD-Fraktion auf Bereitstellung von Informationen zu Alarm-, Ausrück-, Eintreffzeit etc. des Hubrettungsfahrzeuges in der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra für die Jahre 2013 bis 2023
Vorlage: VBG/MV/300/2023**

Ausführungen und Diskussion:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand nicht.

Von der Mitteilungsvorlage wurde Kenntnis genommen.

- zu 11 Antrag der AfD-Fraktion auf Bereitstellung von Informationen zu brandschutz- bzw. bautechnischen Änderungen an den Gebäuden der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra, welche ein Hubrettungsfahrzeug für den zweiten Rettungsweg erfordern
Vorlage: VBG/MV/301/2023**

Ausführungen und Diskussion:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand nicht.

Von der Mitteilungsvorlage wurde Kenntnis genommen.

- zu 12 Antrag der AfD-Fraktion auf Bereitstellung von Informationen zur Anforderung eines Hubrettungsfahrzeuges durch den Wehrleiter der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra bei der Leitstelle des Landkreises Mansfeld-Südharz**

Vorlage: VBG/MV/302/2023

Ausführungen und Diskussion:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand nicht.

Von der Mitteilungsvorlage wurde Kenntnis genommen.

zu 13 Antrag der AfD-Fraktion auf Benennung der brandschutzrechtlichen bzw. bautechnischen Bestimmungen für die Notwendigkeit der Anschaffung eines Hubrettungsfahrzeuges in der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra
Vorlage: VBG/MV/303/2023

Ausführungen und Diskussion:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand nicht.

Von der Mitteilungsvorlage wurde Kenntnis genommen.

zu 14 Satzung der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände "Wipper-Weida", "Untere Saale" und "Helme"
Vorlage: VBG/BV/282/2023

Ausführungen und Diskussion:

Herr Hesse machte Ausführungen zur Beschlussvorlage, wie schon bereits im Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss. Er sagte, es ist ein laufender Prozess und wird jedes Jahr lt. Satzung neu beschlossen. Um die Beiträge für die Gewässerunterhaltung für das Veranlagungsjahr 2022 festsetzen zu können, sind für das Veranlagungsjahr 2022 gültige Umlagesätze notwendig. Änderungen gibt es zum Vorjahr nicht. Insgesamt werden festgesetzte Beiträge aus den Bescheiden der jeweiligen UHV's in Höhe von 88.000,00 € und Verwaltungskosten in Höhe von ca. 39.000,00 € umgelegt. Im Ausschuss waren die 100.000,00 € unklar. Er erklärte den Zusammenhang mit Bescheiden die unter 1,00 € liegen und dem Schätzwert von 100.000,00 €.

Herr Ochsner sprach die 6.000,00 € Umlageeinnahme an.

Herr Patz schlussfolgerte, die Bescheide unter 1,00 € werden erst festgestellt, damit der Betrag (unter 1,00 €) ersichtlich wird und nicht versendet wird.

Beratungsergebnis:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand nicht. Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat beschließt die vorliegende Satzung der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände „Wipper-Weida“, „Untere Saale“ und „Helme“.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:19
dafür	:17
dagegen	:1
Enthaltung	:1
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

zu 15 **1. Änderung der Satzung über die Festsetzung und Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra (Kostenbeitragssatzung)**
Vorlage: VBG/BV/297/2023

Ausführungen und Diskussion:

Frau Renner erläuterte die Beschlussvorlage. Sie erwähnte die Kinder, welche in Fremdkommunen betreut werden. Im Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschusses wurde diskutiert, dass ein fester Höchstbetrag in Anlehnung an unsere eigenen Wohnsitzgemeindeanteile erwünscht wäre. Da die Einrichtungen der Verbandsgemeinde gänzliche unterschiedliche Platzkosten und dementsprechend auch Wohnsitzgemeindeanteile aufweisen, erweist sich dies aus Sicht der Verwaltung als unzweckmäßig. Zur Veranschaulichung soll die gewünschte, beigefügte Tabelle dienen.

Herr Ochsner fragte nochmals zu den Kindern nach, welche in Blankenheim abgewiesen werden müssen. Weiter informierte er sich zum Kinderbetreuungsstand in den Kitas Wimmelburg und Hergisdorf.

Eine Diskussion zum § 3 der Satzung entstand.

- Die Verbandsgemeinderäte baten um Änderung im § 3 Inkrafttreten:
...(Kostenbeitragssatzung) tritt **am Tag der Bekanntmachung** in Kraft.

Herr Wakan wollte Informationen zu den unterschiedlichen Platzkosten.

Herr Blume erwähnte, oft stimmt der Schlüssel, aber die Kalkulation dazu nicht. Abschreibungen sind zu beachten und auch die Nachkalkulation von Betriebskosten.

Frau Renner sprach die Kostensteigerungen, bezüglich Energie- / Brennstoffkosten und Tarifsteigerungen laut TVÖD, als Information für Herrn Wakan an.

Beratungsergebnis:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand weiter nicht. Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat beschließt die 1. Änderung der Satzung über die Festsetzung und Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra (Kostenbeitragssatzung) in der vorliegenden Fassung mit Änderung im § 3.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:19
dafür	:18
dagegen	:0
Enthaltung	:1
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

**zu 16 Grundsatzbeschluss zur weiteren Verwendung des ehemaligen Grundschulgebäudes in der Gemeinde Blankenheim (Am Kreuzstein 3a, 06528 Blankenheim)
Vorlage: VBG/BV/296/2023**

Ausführungen und Diskussion:

Herr Kampa sagte, es wird dringend Zeit, sich Gedanken zu machen, was zeitnah mit der ehemaligen Grundschule passieren soll. Wollen wir einen Verkauf zu den 48.000,00 €, einen Rückbau zum kleineren Gebäude, ein Containerdorf oder einen Neubau, fragte er.

Wegen der Mietkosten an den wahrscheinlichen Käufer, sollte auch nach anderen Lösungen gesucht werden. Lösungen zu verschiedenen Varianten sollen gesucht werden. Mögliche Fördermittel müssen gefunden und beantragt werden. Ein ähnliches Beispiel haben wir bereits in der Gemeinde Ahlsdorf vor einigen Jahren bewältigt, mit dem Neubau der Grundschule.

Herr Patz schlug vor, ein Containerdorf in Blankenheim für die Kita / Hort zur errichten. Die Heizkosten im derzeitigen Gebäude steigen enorm und es macht wenig Sinn noch Leistungen in das alte Gebäude zu investieren, drückte er aus. Die beste Lösung wird sein, das alte Gebäude abzustößen. Abschließend sagte er, die Containerlösung wird wahrscheinlich günstiger, als ein Weiterbetrieb im derzeitigen Gebäude mit hohen Heizkosten.

Herr Hesse erwähnte, Flächen für die Ansiedlung der Kita / Hort wären in Richtung Schenkgraben, Bauabschnitt II. Hier muss geprüft werden ob die Einrichtung im Wohngebiet möglich ist. Fördermittel sind von großer Bedeutung, hierzu sollte eine Lösung gefunden werden. Die Errichtung eines Containerdorfes nimmt auch Zeit in Anspruch und geht nicht von heute auf morgen. Er fragte weiter nach der Arbeitsaufgabe, welche er konkret mitnehmen kann, um unsere Vorstellungen mit dem möglichen Käufer besprechen zu können.

Frau Renner gab zu bedenken, eine dringende Lösung muss her, denn in Blankenheim wurden bereits 6 Kinder aufgrund der ausgeschöpften Kapazitäten abgewiesen. Wenn Kinder einmal abgewiesen wurden, kommen sie meistens nicht in die Einrichtung zurück. Das Brandschutzkonzept für die 1. Etage kann nicht so schnell umgesetzt werden. Im Ergebnis der Diskussion des Ausschusses für Bildung, Kultur, Soziales und Sport wurde gefordert, eine Konzeption insgesamt für das Gebäude zu erstellen. Im Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschusses wurde über die Prüfung möglicher Alternativen diskutiert.

Herr Wakan schlug vor, das Problem zeitnah anzugehen und eine dauerhafte Lösung zu finden. Je länger wir uns im alten Gebäude aufhalten, umso höher steigen die Kosten dort. Geklärt werden muss, was mit der ehemalige Grundschule geschehen soll. Er beurteilte das Gebäude als nicht mehr zeitgemäß und es sollte eine andere Lösung gefunden werden.

Herr Wischalla war auch der Meinung, kein Geld mehr in das alte Gebäude zu investieren. Sein Vorschlag war, das Gebäude zu verkaufen und die Kita umzusiedeln.

Herr Blume fragte nach einer Grundlage, ob es zum Verkauf kommen soll oder nicht. Dann muss nach einer Zwischenlösung für die Übergangszeit gesucht werden, gab er zu bedenken.

Herr Tempelhof bat die Verwaltung um einen Kostenvergleich zu den einzelnen Möglichkeiten.

- Die Verwaltung wird zeitnah um einen Kostenvergleich für die Kita Blankenheim, bezüglich ei-

nes Abtrages, Neubaus und Containerbauweise gebeten.

Verantwortung: Bauverwaltung

Auch **Herr Strobach** sprach sich für eine kurzfristige Lösung des Problems aus. Weiter sollte ein mittelfristiger Vergleich der möglichen Bauweisen erfolgen, sagte er.

- Herr Zinke hat die Sitzung um 19:30 Uhr verlassen.

Herr Patz sagte nochmals, die Containerbauweise kommt uns günstiger, als in die steigenden Heizkosten zu investieren.

Frau Renner befürchtete, nicht genug Platz für einen Neubau oder die Container zur Verfügung zu haben. Der Festplatz kann nicht verwendet werden, weil dieser mit Fördermitteln gebaut wurde.

Herr Born sagte, dass Platz auf dem Schulhof wäre, aber der Käufer müsste die Container dort auch wollen.

Herr Hesse sprach sich für eine Prüfung möglicher Flächen, für die Errichtung der Kita in Blankenheim an anderer Stelle aus. Er vermutete, den Flächenbedarf von ca. 160 m² für die Containerversion. Eine Gründung für diese Fläche muss eingeplant werden. Abschließend sagte er, dass die Errichtung des Containerdorfes ca. 1 Jahr dauern kann.

Herr Wakan fragte nochmals, nach einem Vergleich der Kosten für die Containerbauweise und der Heizkosten für die ehemalige Grundschule Blankenheim nach.

Verantwortung: Bauverwaltung

Herr Blume und **Herr Wischalla** waren der Meinung das alte Schulgebäude abzureißen, die Fläche selbst zu behalten um darauf bauen zu können oder Container aufzustellen. Der Standort sei ideal, da die Bushaltestelle und der Spielplatz in der Nähe sind.

Herr Hesse zählte folgende Sachverhalte auf, welche auszuarbeiten sind:

- Angebote für kurzfristige Miete von Containern einholen
- Angebote für Abriss und für Neubau einholen
- Fördermittelprüfung und Prüfung des Eigenanteil
- Gespräch mit dem möglichen Investor, zu unseren Vorstellungen führen.

Herr Patz brachte den Vorschlag, das Schulgebäude stehen zu lassen und zu sichern, da der Verkaufspreis (48.000,00 €) zu gering ist. Die Container könnten dann vor das Gebäude gesetzt werden. Sodann haben wir die Zeit um auf Fördermittel zu warten.

Herr Born fasste zusammen, die Kita soll in Blankenheim weiter betrieben werden, der Wunsch nach einer moderneren Gebäudelösung besteht und die alte Schule soll vorerst stehen bleiben.

Er setzte den Tagesordnungspunkt ab, über den Beschlussvorschlag wurde nicht abgestimmt.

- Er schlug vor, eine Sitzung des Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss in der ehemaligen Grundschule Blankenheim durchzuführen.

Beratungsergebnis:

Nachfolgender Beschlussvorschlag wurde zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Verbandsgemeinderat fasst den Grundsatzbeschluss, ein Planungsbüro mit der Erstellung einer Konzeption für das ehemalige Grundschulgebäude in der Gemeinde Blankenheim (Am Kreuzstein 3a, 06528 Blankenheim) zu beauftragen. Dabei soll insbesondere geprüft werden, welche wirtschaftlichen Alternativen es bei Absehen von einem Verkauf gibt.

zu 17 **Abwägungsbeschluss zur Verbandsgemeindeumlage 2023**
Vorlage: VBG/BV/281/2023

Ausführungen und Diskussion:

Frau Renner erläuterte die Beschlussvorlage. Wie in den letzten Jahren wurde eine Auswertung zusammengestellt. Der Haupt-, Finanz- Bau- und Vergabeausschuss hat die Empfehlung ausgesprochen, den Umlagesatz bei 40,64 v.H. festzulegen und damit wie 2022 beizubehalten.

Herr Klenner erwähnte die rege Diskussion im Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss dazu. Er sprach das Defizit von 800.000,00 € an und gab zu bedenken, dass die 800.000,00 € nicht ausreichen werden, da die Tarifsteigerungen berücksichtigt werden müssen.

Herr Strobach sagte, die Tarifsteigerungen treffen alle und er hält die 40,64 % für richtig angesetzt.

Herr Ochsner erwähnte, der Fehler liegt im Finanzausgleichsgesetz (FAG), was nicht gerecht ist. Er wird der Beschlussvorlage nicht zustimmen, merkte er an.

Herr Tempelhof sagte, die Kommunen haben keinen Vorteil durch das FAG.

Herr Born sagte, die Umlagen für die Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinde sind schwer finanzierbar. Dennoch müssen wir eine Umlage zur Finanzierung der VBG beschließen!

Beratungsergebnis:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand weiter nicht. Nachfolgender wurde mehrheitlich gefasst.

Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat beschließt, nach Abwägung der im Beteiligungsprozess ermittelten finanziellen Belange der Mitgliedsgemeinden den Umlagesatz zur Verbandsgemeindeumlage im Haushaltsjahr 2023 auf 40,64 von Hundert festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:19
dafür	:12
dagegen	:3
Enthaltung	:3
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

zu 18 **Haushaltssatzung 2023**
Vorlage: VBG/BV/257/2022

Ausführungen und Diskussion:

Frau Renner erläuterte die Beschlussvorlage. Sie sagte, entsprechend dem KVG des LSA ist für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen, welche bestimmte Festlegungen enthält. Die Haushaltssatzung wurde im HFBV-Ausschuss vorberaten. Anpassungen wurden vorgenommen. Eine Priorisierung der 6 neu aufzunehmenden Stellen, wird dann in einem Nachtrag zum Haushaltsplan erfolgen. Die Form der Beschaffung eines Hubrettungsfahrzeuges muss noch geklärt werden, Angebote dazu sollen eingeholt werden. Der Umlagesatz von 40,64 % wurde eingearbeitet. Sie sprach das Defizit von 800.000,00 € am Ende des Haushaltsjahres an.

- *Herr Ahlig hat die Sitzung von 19:58 Uhr bis 20:02 Uhr verlassen.*

Herr Kampa sagte, eine Überprüfung durch das Ministerium, hinsichtlich der benötigten Arbeitskräfte in der Verwaltung, kommt uns wahrscheinlich günstiger.

Die CDU-Fraktion reichte einen Antrag vom 16.04.2023 ein, die Verbandsgemeinde soll ein Unternehmen oder das Ministerium für Inneres beauftragen eine Haushaltsanalyse zu erarbeiten. Bis zum Analyseergebnis, soll der bisherige Stellenplan angewendet werden.

- *Antrag siehe Anlage*

Weiter fragte er zu den kommenden 4 %Tarifsteigerung nach. **Frau Renner** antwortete, wir haben ca. 70 Beschäftigte, dadurch entstehen ca. 132.000,00 € an Kosten zusätzlich.

Herr Born hat die letzte Haushaltsanalyse von 2018 angesprochen, welche damals der Bildung einer Einheitsgemeinde dienen sollte.

- *Auf Wunsch einzelner Verbandsgemeinderäte wird das Dokument an die Bürgermeister und Fraktionsvorsitzende per Mail versendet.*

Der Antrag an das Ministerium wird schwierig werden. Dennoch könnte man eine Anfrage stellen. Zur Beauftragung eines Unternehmens, hinsichtlich einer Haushaltanalyse müssten im Vorfeld Kostenangebote eingeholt werden. Diese Analyse ist wahrscheinlich mit hohen Kosten verbunden, gab er zu bedenken.

Herr Patz stellte in der Sitzung auch einen Antrag, welchen er an den Vorsitzenden übergab. Er beantragte, eine Organisationsuntersuchung und einen Geschäftsverteilungsplan bei der SIKOSA erstellen zu lassen.

- *Antrag siehe Anlage*

Herr Wakan bedauerte es, das Ideen eingebracht und oft nicht umgesetzt werden.

Herr Tempelhof gab zu bedenken, die Ablehnung des Haushalt 2023 bedeutet Zeitverlust und bei der vorläufigen Haushaltsführung muss jede Ausgabe begründet werden.

- Herr Wischalla hat die Sitzung von 20:13 Uhr bis 20:16 Uhr verlassen.

Herr Blume, Herr Ahlig und **Herr Kampa** fragten nochmals zur Personalentwicklung, hinsichtlich der Einstellung von 2 Auszubildenden in diesem Jahr nach.

Herr Born antwortete, es werden 2 Auszubildende in diesem Jahr eingestellt. Er erwähnte nochmals den Qualitätsverlust der zu erfüllenden Arbeitsaufgaben, wenn Stellen nicht besetzt werden. Der Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern ist zurzeit ein großes Problem welchem man nur durch Veränderung der Personalstrategie entgegen kann.

Herr Wakan erinnerte nochmals, an die Priorisierung der 6 aufzunehmenden Stellen für den Haushalt 2023.

Herr Klenner erwähnte den Antrag der CDU-Fraktion vom 16.04.23 und bat um eine schnellstmögliche Haushaltsanalyse. **Trotz einer Analyse, besteht die Wertschätzung an der Arbeit von den Mitarbeitern.**

Stellen müssen besetzt werden oder nicht, je nach dem was das Ergebnis der Analyse hervorbringt.

Herr Tempelhof schlussfolgerte, ohne beschlossenen Haushalt kommen wir nicht weiter. Eine Potentialanalyse dauert ca. 3 - 5 Monate und vermutete, darüber in diesem Jahr keine Ergebnisse zu erhalten.

Herr Patz erwähnte, für eine Analyse wurde kein Geld im Haushalt eingeplant.

Herr Strobach bat um Abstimmung zu den beiden Anträgen, der Sitzung.

Abstimmungsergebnis zum Vorschlag – Antrag Herr Patz vom 20.04.2023:

Anwesend:	Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
18	7	9	2

Dem Vorschlag wurde nicht zugestimmt.

Abstimmungsergebnis zum Vorschlag – Antrag Herr CDU - Fraktion vom 16.04.2023:

Anwesend: Ja-Stimmen: Nein-Stimmen: Enthaltungen:
18 8 9 1

Dem Vorschlag wurde nicht zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Nachfolgender Beschlussvorschlag wurde abgelehnt.

Abgelehnter Beschlussvorschlag:

Der Verbandsgemeinderat beschließt die Haushaltssatzung der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra für das Haushaltsjahr 2023, einschließlich des Haushaltskonsolidierungskonzeptes.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:18
dafür	:8
dagegen	:8
Enthaltung	:2
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

zu 19 Anfragen und Anregungen

- Herr Fleischer hat von 20:30 bis 20:34 Uhr nicht an der Sitzung teilgenommen.

Mitteilungen, Anfragen oder Anregungen lagen vor.
Von den Anwesenden wurden folgende Sachverhalte angesprochen:

Herr Kampa

1. Büroräume im Keller der Verwaltung

Er fragte nach, was sich derzeit in den ehemaligen Büroräumen im Kellergeschoss der Verwaltung befindet. Unser Archiv, welches aus dem Gebäude der GSG ausziehen wird, hätte evtl. dorthin verlagert werden können, sagte er.

Herr Born antwortete, die Räume im Keller werden derzeit alle genutzt, als Sitzungszimmer, Lager und kleines Standesamt / Trauzimmer. Im Kellerbereich wurden Arbeitsräume geschaffen, welche nicht als ständige Arbeitsplätze dienen.

Herr Ochsner

2. Bürgerfreundlichkeit

Er sagte, es fängt mit der Ausschilderung von Parkplatz und Fahrstuhl an, welche zur Orientierung der Bürger hilfreich ist.

- Weiter bat er um Prüfung bei der Meldestelle, ob es nicht möglich wäre einen Tag in der Woche auch mit Terminvergaben zu gestalten, wie es auch andere Behörden im Umkreis anbie-

ten.

Verantwortung: Fachdienst Ordnung.

Herr Wakan schlug als Alternative vor, 1-mal samstags das Meldeamt im Monat zu öffnen. Auch dort kann eine Terminvergabe erfolgen. Bürgerfreundlich wäre dies besonders z. B. für Montagearbeiter.

- Prüfung bei der Meldestelle, ob die Möglichkeit besteht das Meldeamt einmal samstags im Monat zu öffnen, mit oder ohne Terminvergaben.

Verantwortung: Fachdienst Ordnung.

Herr Wischalla

3. Alternative Freiflächenprüfung

Herr Tempelhof sagte, das Thema wird im geschlossenen Teil der Sitzung behandelt.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde geschlossen.

zu 22 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst.

Bewerbung der Volkssolidarität um die Übernahme der Trägerschaft der Kindertageseinrichtungen der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra

Vorlage: VBG/BV/295/2023

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

zu 23 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 21:12 Uhr durch den **Vorsitzenden** geschlossen.

Uwe Tempelhof
Vorsitzender

Sabine Rathmann
Protokollführer